

15. Dezember 1969: Auszug aus der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, L. I. Brežnev, auf dem Plenum des ZK der KPdSU*

Geheim

Gestatten Sie mir jetzt kurz auf die am 3. bis 4. Dezember in Moskau abgehaltene Konferenz der Partei- und Regierungschefs der sieben sozialistischen Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages einzugehen. Vor etwa einem Monat wandten sich die deutschen Genossen mit dem Vorschlag an uns, einen Meinungsaustausch über die infolge der Bildung einer neuen Regierung entstandene politische Situation in Westdeutschland vorzunehmen. Das Politbüro des ZK unterstützte diese Initiative, schlug jedoch vor, den Teilnehmerkreis des Treffens auszuweiten. Dabei gingen wir davon aus, dass die Wahlniederlage und der Machtverlust der Christdemokratischen Partei, die im Verlaufe der gesamten Nachkriegsjahre die Politik der BRD zugunsten der reaktionärsten Kräfte gestaltete, einen Meinungsaustausch mit unseren Verbündeten darüber notwendig machte, an welchen Kurs sich die sozialistischen Länder halten und welche Taktik sie in unseren Beziehungen mit der neuen Regierung Westdeutschlands ausarbeiten sollten.

Dies durchzuführen war umso wichtiger, weil bereits die ersten Schritte der Regierung Brandt ein Streben nach einer selektiven Politik gegenüber den sozialistischen Ländern offenbarten. Die sozialdemokratische Regierung hatte eindeutig vor, Versuche zu unternehmen, die enge Koordination der sozialistischen Länder in der Herangehensweise zur Deutschen Frage zu stören und die DDR von ihren sozialistischen Verbündeten zu isolieren. Sie möchte offenbar zu jedem sozialistischen Land den passenden Schlüssel finden und mithilfe partieller Zugeständnisse die sozialistischen Länder, falls dies gelingen sollte, dazu zu zwingen, ihre gemeinsamen Interessen in Europa zu vergessen.

Zugleich haben wir natürlich auch einen weiteren Punkt berücksichtigt. Damit meine ich die Tatsache, dass die Grundsatzklärung der neuen Regierung der BRD und so manche ihrer ersten außenpolitischen Schritte auf eine gewisse Abkehr, wenn auch vorwiegend taktischer Natur, von der unrealistischen Position früherer Regierungen in internationalen Angelegenheiten hinweisen. Mit anderen Worten standen wir vor der Frage, wie die gegebene Lage für die Lösung aktueller Aufgaben der sowjetischen Außenpolitik im Sinne einer weiteren Stärkung der internationalen Positionen des Sozialismus und der Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa zu nutzen ist.

Das Treffen in Moskau, Genossen, fand in guter und sachlicher Atmosphäre statt und hat zweifellos nicht nur im Hinblick auf die Ausarbeitung einer maximal effektiven Europapolitik der sozialistischen Länder, sondern auch im Hinblick auf die weitere Entwicklung der politischen Zusammenarbeit der sozialistischen Länder sowie auf die Herstellung systematischer Arbeitskontakte zur Abstimmung der Positionen und des Vorgehens bei aktuellen politischen Fragen große Bedeutung. Denn ständige Beratungen sind eine der konkreten Formen, in denen die Tendenz zur Geschlossenheit der sozialistischen Gemeinschaft zum Ausdruck kommt.

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgten die Teilnehmer des Treffens die von der KPdSU-Delegation dargelegte Einschätzung der gegenwärtigen politischen Lage in der BRD. Kurz gesagt lässt sich diese Einschätzung auf Folgendes reduzieren: Die Ergebnisse der letzten Bundestagswahlen in der BRD – und dem stimmten alle Teilnehmer des Treffens zu – bedeuten zweifelsohne keine scharfe Kehrtwende in der Bonner Innen- und Außenpolitik und können dies auch gar nicht bedeuten. Die Grundziele der westdeutschen Regierungskreise waren und bleiben unverändert. Sie setzen immer noch auf die Behauptung der BRD als dominierende Macht in Westeuropa und auf die Stärkung ihres Einflusses in anderen Ländern der Welt. Das Bestreben Westdeutschlands, die sozialistische Gemeinschaft zu schwächen und zu untergraben, bleibt bestehen. Sogar mit einem größeren Druck als bisher, versucht die Regierung der BRD durch das Eintreten für eine sogenannte Regelung der Beziehungen mit der DDR, die Voraussetzungen zu einer Iso-

* RGANI, F. 2, op. 3, d. 168, S. 36–84, hier S. 65–72.

lierung des sozialistischen deutschen Staates zu schaffen. Die Regierung Brandt macht aus spekulativen Gründen ihre Haltung zum Vorschlag der sozialistischen Länder über die Abhaltung einer gesamteuropäischen Konferenz abhängig von der Erzielung einer „Regelung“ der Beziehungen mit der DDR nach Bonner Art.

Die sowjetische Delegation betonte, dass es unsererseits auf die Taktik Bonns keine andere Antwort gibt und auch nicht geben kann, als fest auf einer geeinten Linie für den Schutz der gemeinsamen Interessen der sozialistischen Länder und für die Interessen des Friedens in Europa einzustehen. Ein Kriterium für uns müssen die praktischen Handlungen der neuen Regierung sein und nicht das, was und wie Brandt etwas sagte oder auch nicht sagte.

Als Ergebnis des Moskauer Treffens haben wir allen Anlass zu sagen, dass diese Herangehensweise von unseren Freunden und Verbündeten geteilt wird, obwohl es natürlich gewisse Nuancen in den Meinungen unter den sozialistischen Ländern gibt, und das haben wir zu berücksichtigen.

Eine gewisse Dissonanz auf dem Treffen zeigte die Rede von Gen. Ceaușescu. Er versuchte auf jede Art und Weise zu beweisen, dass es in der Außen- und Innenpolitik der BRD zu weitreichenden Veränderungen gekommen sei und sich die sozialistischen Länder beeilen sollten, rasch dem Vorbild Rumäniens zu folgen und eine umfassende Zusammenarbeit mit der BRD aufzubauen. Aber diese Position fand auf der Konferenz keine Befürworter.

Die Genossen, die auf der Konferenz auftraten, betonten die Bedeutung eines gemeinsam abgestimmten Vorgehens der sozialistischen Länder in den deutschen Angelegenheiten und merkten an, dass dieser Weg sich in der Praxis bewährt habe. Denn gerade die kollektiven Bemühungen der sozialistischen Länder, ihre Standhaftigkeit und ihre Konsequenz ermöglichten es, die für die Interessen des Sozialismus vorteilhaften Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges zu verteidigen und zu festigen.

Uns steht ein schwerer Kampf auf vielen Ebenen bevor. Es besteht kein Grund, positive Momente in der Politik der BRD zu ignorieren, sollte es solche geben. Diese können und sollen für die Untergrabung und Schwächung der revanchistischen Grundlagen der Bonner Politik, die bisher noch unerschütterlich sind, genutzt werden. Es ist notwendig, die Regierung Brandt dazu zu drängen, unsere Forderungen zu akzeptieren, v. a. jene, die größtes Verständnis und Unterstützung in breiten Kreisen der westdeutschen Bevölkerung finden.

Wir haben mit den anderen Mitgliedern des Warschauer Vertrages abgestimmte Grundprinzipien, die in der Bukarester Deklaration, dem Budapester Appell sowie in unseren anderen gemeinsamen Dokumenten ihren Ausdruck fanden. Wir haben eine grundsätzliche Übereinkunft mit Polen, Ungarn, der DDR, Bulgarien und der Tschechoslowakei, die wir seinerzeit in Warschau erreicht haben, wonach die Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa durch Bonn, einschließlich die Oder-Neiße-Grenze und die Grenze zwischen der DDR und der BRD, die Anerkennung der Existenz der DDR, der Verzicht auf Atomwaffen, der Verzicht auf rechtswidrige Einmischung in die Angelegenheiten Westberlins und die Anerkennung der Nichtigkeit des Münchner Abkommens ex tunc die Bedingung für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen dieser Länder zur BRD bilden. Diese Position wurde im Wesentlichen auch beim letzten Treffen in Moskau bestätigt.

Die Führer der Bruderparteien und -Länder haben die von der KPdSU-Delegation geäußerten Überlegungen über die Art der Kontakte mit der Regierung der BRD unterstützt. Die nächsten Aktionen der sozialistischen Länder und v. a. die am 8. Dezember begonnenen Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und der BRD über den Gewaltverzicht müssen für einen diplomatischen Druck auf die Regierung Brandt genutzt werden, damit sie ihre grundsätzliche Position in den Hauptfragen, um deren Lösung wir uns in den letzten Jahren bemüht haben, offenlegen.

Der Kern ist zweifelsohne die Frage der Einstellung der BRD zum bestehenden territorialen Status quo in Europa und die Bereitschaft, die Grenzen aller europäischen Staaten einschließlich der Grenzen der DDR anzuerkennen. Diese Frage haben wir auch als zentrale Frage in den Verhandlungen mit der BRD festgelegt. Hier können wir keinen Schritt weichen, Genossen. Weder

die gegenwärtige Grenze der DDR noch die gegenwärtigen Grenzen Polens oder der Tschechoslowakei oder anderer sozialistischer Länder dürfen in Zweifel gezogen werden.

Eine weitere Frage, die wir der BRD in vollem Umfang stellen, ist jene über die Anerkennung der DDR auf völkerrechtlicher Basis sowie die Achtung ihrer Unabhängigkeit und Souveränität. Die Geburt des sozialistischen deutschen Staates ist eines der wichtigsten Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges und wir sind alle daran interessiert, dass die Deutsche Demokratische Republik den Sozialismus ruhig und zuversichtlich aufbaut, und dass ihre internationale Autorität wächst.

Ich möchte [Ihnen] mitteilen, dass Brandt bereits vor der Verhandlungsaufnahme zum Gewaltverzicht in einem vertraulichen Schreiben an Gen. Kosygin die Ernsthaftigkeit der Absichten der BRD betont und den Wunsch geäußert hat, diese Verhandlungen sachlich zu führen. Gleichzeitig ist aus diesem Schreiben ersichtlich, dass Brandt darauf abzielt, die Potsdamer und andere Beschlüsse, die der Nachkriegsordnung in Europa zugrunde liegen, zu untergraben und einer völkerrechtlichen Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik auszuweichen.

Die ersten Treffen mit dem westdeutschen Botschafter in Moskau zur Frage des Gewaltverzichts bestätigen das Streben der neuen Regierung der BRD, ihre früheren unrealistischen Positionen beizubehalten und lassen noch keine wirklich konstruktiven Änderungen in der Bonner Politik erkennen. Vielleicht wird die BRD in Zukunft ihre Positionen umfänglicher offenlegen.

Sie wissen, Genossen, welche große Bedeutung die UdSSR und alle Länder des Warschauer Vertrages dem beigemessen haben, Westdeutschland keinen Zugang zu Atomwaffen zu ermöglichen. Jetzt hat die BRD den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen unterzeichnet. Wenn diese Sache zu Ende geführt sein wird, d. h., wenn Bonn den Vertrag bald ratifiziert, wird diese Frage formell gelöst sein. Es ist jedoch klar, dass der Vertrag über die Nichtverbreitung keine absolute Garantie dafür gibt, dass die BRD nicht versuchen wird, auf Umwegen zu Atomwaffen zu gelangen. Deshalb halten wir es für notwendig, höchste Wachsamkeit zu bewahren und alles, was in Zukunft in der BRD und über ihre Grenzen hinaus unter Beteiligung der Westdeutschen im Bereich der militärischen Forschung passiert, genau zu überwachen.

Während des Moskauer Treffens der Bruderländer wurde auch die Frage der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der BRD und den sozialistischen Staaten zur Sprache gebracht. Die Teilnehmer des Treffens haben betont, dass das Ausmaß der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit Westdeutschland den politischen Interessen der sozialistischen Länder untergeordnet werden und ihrer gemeinsamen Position zur Deutschen Frage entsprechen muss.

Wir sind überzeugt, Genossen, dass die sozialistischen Länder im gegenwärtigen schwierigen politischen Kampf um die Lösung der Deutschen Frage solide Positionen einnehmen. Sie haben heute günstigere Möglichkeiten als jemals zuvor, Schritt für Schritt Lösungen der aktuellen Probleme durchzusetzen, die noch aus den Zeiten des Zweiten Weltkrieges stammen, und die politische Lage in Westdeutschland selbst aktiver zu beeinflussen. Darauf haben wir auch beim Meinungsaustausch mit den Freunden hingewiesen.

Das Treffen in Moskau ermöglichte auch Informationen zu anderen internationalen Fragen zu teilen, was ebenfalls sehr nützlich war. Die allgemeinen Positionen der Konferenzteilnehmer wurden in den veröffentlichten Dokumenten festgehalten.

Genossen, der Kampf gegen die revanchistischen und militaristischen Kräfte in der BRD stellt einen wesentlichen Bestandteil unseres gemeinsamen Kampfes für die Aufrechterhaltung der europäischen Sicherheit dar. In letzter Zeit unternahm unser Land gemeinsam mit anderen Ländern eine Reihe praktischer Schritte zur Vorbereitung einer gesamteuropäischen Konferenz.

Ihnen, Genossen, sind die Fragen, die von den sozialistischen Ländern zur Aufnahme in die Tagesordnung einer gesamteuropäischen Konferenz vorgeschlagen wurden, durch die Presse bekannt. Es sind zwei: die eine Frage betrifft „die Aufrechterhaltung der europäischen Sicherheit und den Verzicht auf Gewaltanwendung oder -androhung in den Beziehungen zwischen den europäischen Staaten“. Bei der zweiten Frage geht es um „die Ausweitung der Handels-, Wirtschafts- und wissenschaftlich-technischen Beziehungen auf den Prinzipien der Gleichberechtigung, die auf die Entwicklung einer politischen Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten abzielen“. Seitens der Länder des Warschauer Vertrages wurden auch BeschlusSENTwürfe

für eine zukünftige Konferenz zu diesen Fragen ausgearbeitet und den anderen Staaten zur Prüfung übergeben.

Die Reaktionen auf diese, unsere neue Initiative zeigen, dass unsere Vorschläge von den Regierungen einiger westeuropäischer Länder positiv bewertet werden. Die Idee, eine Konferenz einzuberufen, wurde von Finnland, den skandinavischen Ländern und Österreich unterstützt. Grundsätzlich haben Frankreich, Italien und andere Länder keine Einwände gegen eine Konferenz. Aber nicht alle Staaten begrüßten selbst die Idee der Einberufung einer Konferenz vorbehaltlos. Die Sitzung des NATO-Rats vom 4.-5. Dezember d. J. in Brüssel zeigte, dass einige NATO-Staaten, und v. a. die Vereinigten Staaten und die BRD, versuchen, die Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz zu verzögern oder diese, wenn möglich, überhaupt zu verhindern. Auf dieser Ratssitzung gab es keine einheitlichen Sichtweisen bezüglich einer solchen Konferenz. Die Vereinigten Staaten sahen sich sogar gezwungen, starken Druck auszuüben, um die anderen Staaten zur Unterzeichnung einer schwammigen und unklaren Erklärung zu zwingen.

In diesem Zusammenhang möchte ich einige Worte zur Teilnahme der USA und Kanada an einer gesamteuropäischen Konferenz sagen. Die westlichen Länder sagen uns gegenüber direkt, dass sie nur unter der Bedingung, dass die Vereinigten Staaten und Kanada von Anfang an daran teilnehmen, bereit sind, für eine Einberufung einer Konferenz einzutreten. Wir haben uns im Einvernehmen mit den sozialistischen Ländern auf folgende Position geeinigt: Es werden keine Einwände gegen die Teilnahme der USA und Kanada an einer gesamteuropäischen Konferenz erhoben, was selbstverständlich nur dann gilt, wenn die Deutsche Demokratische Republik auf gleicher Grundlage wie die BRD und mit gleichen Rechten wie andere europäische Staaten an dieser Konferenz teilnimmt.

Einen wichtigen Stellenwert in den außenpolitischen Aktivitäten des Politbüros nahmen natürlich die sowjetisch-chinesischen Beziehungen ein. Unsere prinzipielle Herangehensweise zu dieser Frage ist bekannt. Wir unternahmen und unternehmen alles, was möglich ist, um die Beziehungen zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China zu normalisieren und das Auftreten von Ereignissen zu verhindern, die die Interessen des Weltsozialismus gefährden.

Das Politbüro des KPdSU setzte die Genossen bereits von den Schritten in Kenntnis, die dem Beginn der Verhandlungen in Peking vorausgegangen sind. Ich meine damit das Treffen von Genossen A. N. Kosygin mit Zhou Enlai vom 11. September d. J. und auch einige Maßnahmen, die unsererseits mit dem Ziel einer Normalisierung der Lage an der Grenze ergriffen wurden.

Die Tatsache, dass die chinesische Führung gezwungen war, in Verhandlungen zu treten, ist das Ergebnis des entschiedenen Widerstandes gegen die Provokateure und das Ergebnis einer konsequenten und prinzipiellen Politik, die vom ZK der KPdSU in den Beziehungen mit China betrieben wurde und wird. Zweifellos spielte auch die Position der Bruderparteien, die die Linie der chinesischen Führung auf dem Internationalen Treffen [kommunistischer und Arbeiterparteien] 1969 einer Kritik unterzogen hatten, eine wesentliche Rolle.

Selbstverständlich machen wir uns keine Illusionen bezüglich der Position Pekings. Als wir uns in Verhandlungen begaben, realisierten wir, dass man hier nicht mit schnellen Ergebnissen rechnen könne. Die Situation in China ist kompliziert.

Als wir die sowjetische Delegation nach Peking schickten, haben wir dieser die klare Aufgabe gegeben, ein Maximum an Bemühungen an den Tag zu legen, um ein zufriedenstellendes Abkommen über die Konkretisierung der sowjetisch-chinesischen Staatsgrenze an einzelnen Abschnitten zu erzielen und auf dieser Grundlage einen neuen Grenzvertrag (anstelle der geltenden vertraglichen Dokumente) sowie ein Grenzregime-Abkommen [zu erreichen], welche die Streitigkeiten und Unstimmigkeiten in den Grenzfragen zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China ein für allemal beilegen.

Von Anfang an hat die sowjetische Delegation der chinesischen Seite vorgeschlagen, die praktische Arbeit in dieser Frage unverzüglich anzugehen. Leider waren die anderthalbmonatigen Verhandlungen in Peking bislang noch von keinem realen Fortschritt gekennzeichnet. Das

liegt daran, dass die chinesische Seite versucht, uns vor der Erörterung der Hauptfrage des Grenzverlaufs eine Reihe von diskriminierenden Bedingungen aufzuzwingen.

Unter dem Deckmantel eines sogenannten „Abkommens über vorläufige Maßnahmen“ möchten die Chinesen – noch vor der eigentlichen Erörterung der Grenzfrage – einen einseitigen Abzug der sowjetischen Truppen aus großen Teilen des sowjetischen Staatsgebietes erreichen, das die Chinesen als „strittig“ erachten, und somit der Anerkennung chinesischer Ansprüche vorgreifen. Tatsächlich jedoch zielen die Vorschläge der Chinesen darauf ab, die Aufmerksamkeit vom Hauptproblem der Verhandlungen – einer konkreten Festlegung der Grenze zwischen unseren Staaten – abzulenken.

Indem sie die Ansprüche der chinesischen Seite zurückweisen, beharren unsere Vertreter darauf, zu einer sachlichen Erörterung der Frage der Grenze, ihrer Demarkation und eines Abschlusses eines entsprechenden Vertrages überzugehen.

Im Bestreben, zu einem erfolgreichen Verhandlungsverlauf beizutragen, ließen wir uns darauf ein, die Möglichkeiten für wirtschaftliche Aktivitäten der chinesischen Bevölkerung im sowjetischen Grenzgebiet erheblich auszuweiten. Unsere Grenzbehörden unternehmen alles, damit an der Grenze gutnachbarschaftliche Beziehungen herrschen und ein Einsatz von Waffen ausgeschlossen ist.